

**Interpellation Gahlinger-Niederhelfenschwil:  
«Unnötige Mehrkosten im Gesundheitswesen sind zu vermeiden**

Unnötige Mehrkosten im Gesundheitswesen müssen nicht sein. Mit der Abstimmung in Jahr 2016 hat die Bevölkerung die Präimplantationsdiagnostik auch in der Schweiz zugelassen. Es ging damals lediglich darum, eine gewisse Legalität zu erreichen. Es war damals wie auch heute klar, dass der Kinderwunsch Privatsache ist und bleibt. Es ist allen bewusst, dass der erfüllte wie auch der ausbleibende Kinderwunsch keine Krankheit ist. Ausser bei hoffentlich ausbleibenden Komplikationen hat der Krankenversicherer keine Leistungen zu erbringen, es müssen somit auch keine weiteren Angebote geschaffen werden.

Mit der Einfachen Anfrage 61.18.02 «Unnötige Mehrkosten in öffentlichen Spitälern?» wurde das Thema Fortpflanzungsmedizin auch im Kanton St.Gallen aufgegriffen. Die Frage an die Regierung lautete: «Wie sehen Sie die Zukunft der Fortpflanzungsmedizin (Präimplantationsdiagnostik) in den öffentlichen Spitälern im Kanton St.Gallen allgemein und ohne die «Gesundheitskosten» erneut unnötig zu verteuern?» Die Antwort der Regierung zeigte leider einmal mehr auf, warum die Kosten im Gesundheitswesen munter weiter explodieren. Ihre Haltung bezüglich öffentlichen Aufgaben, Angeboten und Leistungen fördert die unnötigen Mehrkosten.

Es ist wichtig, dass für alles, was nicht als Krankheit eingestuft wird, nicht die öffentliche Hand aufkommen muss. Es ist zwar die Rede davon, dass die erwähnten Patientinnen und Familien für die Koste selber aufkommen werden. Dies entspricht aber nicht der Praxis. Werden solche Angebote in öffentlichen Instituten unterstützt, dann entstehen nicht nur Umbaukosten, sondern auch weitere Unterhaltskosten. Weiter ist auch zu beachten, dass die Infrastruktur samt Personalressourcen nicht für andere «wirkliche Krankheitsbilder» eingesetzt werden können. Auch indirekt wird die Gesamtstruktur der anbietenden Institutionen ausgeweitet, unter anderem beim Personal. Aus meiner Sicht sind sämtliche nicht als Krankheit geltenden «Wünsche» keine Aufgabe der öffentlichen Hand.

Ich bitte die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum setzt sich die Regierung für nicht öffentliche Aufgaben ein?
2. Ist diese Art von Ausbau Teil der Regierungsstrategie?
3. Ist die Regierung bereit, die erwähnte Fortpflanzungsmedizin in den öffentlichen Instituten nicht weiter auszubauen, um so unnötige Mehrkosten einzusparen?»

13. Juni 2018

Gahlinger-Niederhelfenschwil